

Gutachten zum 26. Deutschen Präventionstag 2021

Suche nach Orientierung

Zur Relevanz von Krisen als gesellschaftlicher Seismograf

Gina Rosa Wollinger

Inhalt

1 Einleitung	3
2 Problembereiche	5
2.1 Fake News	5
2.2 Verschwörungsmmythen und Wissenschaftsskepsis	8
2.3 Vorurteile und Rechtsextremismus	11
2.4 Selbstbewaffnung	13
2.5 Zwischenfazit: Krise als Seismograf	15
3 Theoretische Bezüge	17
4 Auswege und Prävention	20
4.1 Prävention durch (Sozial)politik	20
4.2 Umgang mit Fake News, Verschwörungserzählungen und abwertenden Einstellungen	21
4.3 Bedeutung von Wissenschaft	23
4.4 Prävention durch Bildung	24
5 Literatur	27

1 Einleitung

Der diesjährige Deutsche Präventionstag fällt in eine Zeit, die zu verstehen den gesellschaftlichen Diskurs vermehrt prägt. Insbesondere Verschwörungsmythen und Fake News zeigen sich gegenwärtig als wirkmächtig und werden im Zusammenhang mit politischen Ereignissen wie beispielsweise dem Brexit und dem Ansturm auf das Kapitol in den USA gesehen. Fast inflationär mit dem Wort *Krise* bezeichnet, ist die Berichterstattung zu Zeiten der Pandemie geprägt durch Ereignisse wie Querdenker-Versammlungen und Verstöße gegen die Corona-Schutzverordnungen sowie Einstellungen und Haltungen, die in Verbindung mit Vorurteilen, Antisemitismus, Rassismus, dem Befürworten autoritärer Strukturen und Wissenschaftsskepsis stehen. Deutungshoheiten sind umstritten und ein gemeinsamer Diskurs hakt, wenn über die Grundlage von Erkenntnis Uneinigkeit herrscht. Wenn indes einige der genannten Phänomene nicht unbedingt auf die gesellschaftliche Mehrheit zutreffen, so sind sie deswegen nicht weniger relevant, da auch das Agieren vermeintlich Weniger gravierende Auswirkungen auf die Gesellschaft und Einzelne aufweisen kann. Dies gilt umso mehr in der aktuellen Situation. So zeigt beispielsweise eine Analyse von 153 Regionen in 19 europäischen Ländern, dass vor allem dort eine hohe Sterblichkeitsrate im Zusammenhang mit dem Coronavirus in der ersten Pandemiewelle vorlag, wo ein niedriges Ausmaß an sozialem Vertrauen gemessen wurde und eine starke Polarisierung der Bevölkerung hinsichtlich des Vertrauens in die Politik vorlag (Charron, Lapuente & Rodriguez-Pose, 2020).

Der diesjährige Deutsche Präventionstag hat den Begriff *Orientierung* in das Leitthema aufgenommen und es scheint, dass eine Art der Orientierungslosigkeit nicht nur in Teilen der Bevölkerung ausgemacht werden kann, sondern ebenso auf der Metaebene der Betrachtung gesellschaftlicher Entwicklung. Zugespitzt formuliert stellen sich Fragen wie *Was passiert hier eigentlich?* und *Wie ist das zu verstehen?*, verbunden mit der Herausforderung der angemessenen Reaktion bzw. Umgang mit Themenkomplexen wie Skepsis gegenüber Staat und Wissenschaft sowie abwertenden Einstellungen. Als Zeichen der Orientierungslosigkeit können jedoch zudem unterschiedliche Problembereiche selbst verstanden werden, die gegenwärtig auffällig erscheinen und verschiedene Formen von Ausprägungen sozialer Unsicherheit und Angst sowie Misstrauen gegenüber dem Staat darstellen. Ferner zeigen sich auch ausgrenzende und rassistische Einstellungen. Simplifizierende Erklärungen, verworrene Verschwörungsmythen und Stereotype ziehen typischerweise eine klare Abgrenzung zwischen Gut und Böse, zeichnen ein klares Feindbild und benennen damit eine/n Verursacher/in von Problemen komplexer sozialer oder auch manchmal bloß zufälliger Zusammenhänge. Anders als wissenschaftliche Auseinandersetzungen und Herangehensweisen, die auf Wissenslücken verweisen und bisherige Annahmen durch weitere Erkenntnisse unter Umständen auch überwerfen, lassen Verschwörungserzählungen und Fake News keinen Zweifel offen und können hierdurch eine Suche bzw. ein Wunsch nach Orientierung, Sicherheit und Kontrolle bedienen.

Prävention hingegen ist durch ein wissenschaftliches Grundverständnis geprägt. Vorausschauendes Handeln, welches im Hier und Jetzt Zukunft gestaltet, vollzieht sich im Sinn der Prävention auf der Grundlage wissenschaftlicher Befunde über Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge und Erkenntnisse bezüglich der Wirksamkeit bestimmter Interventionsmaßnahmen. Dabei ist Prävention durchaus kreativ, so ist das Ansinnen ja die Veränderung und das Einschlagen neuer Wege. Dennoch ist auch hier gute Präventionstätigkeit durch Evaluati-

on, die wissenschaftliche Überprüfung der Wirkweise, gekennzeichnet. Fraglich ist nun, wie es in der gegenwärtigen Situation Wissenschaft und insbesondere Prävention gelingt, handlungsleitend zu sein und Orientierung zu geben.

In dem vorliegenden Gutachten für den 26. Deutschen Präventionstag werden vor diesem Hintergrund mit den Themen *Fake News*, *Verschwörungserzählungen* und *Wissenschaftsskepsis*, *Vorurteile* und *Rechtsextremismus* sowie *Selbstbewaffnung* ausgewählte Problembereiche aufgegriffen, denen aus soziologischer und kriminologischer Perspektive gegenwärtig Relevanz zukommt. Einige der genannten Phänomene, wie beispielsweise Verschwörungsmythen, verzeichnen zurzeit auch durch die Verwendung von Corona-Narrativen Popularität. Unausweichlich scheint es deshalb, dies auch im Kontext der pandemiebedingten Krise zu analysieren. In diesem Zusammenhang wird diskutiert, inwiefern die Corona-Krise die genannten Erscheinungen verursacht oder die Krise vielmehr etablierte Strukturen und Haltungen verstärkt sichtbar macht. Anschließend werden Möglichkeiten für Auswege und Prävention aufgezeigt. In diesem Kontext wird insbesondere die Bedeutung von Bildung herausgestellt.

2 Problembereiche

Im Folgenden werden ausgewählte Problembereiche näher dargestellt, in welchen sich eine Art der Orientierungslosigkeit bzw. –suche ausdrückt und denen durch ihr Ausmaß, ihre Zunahme oder ihre Wirkmächtigkeit eine gegenwärtige Relevanz, nicht zuletzt hinsichtlich der Prävention, zukommt.

2.1 Fake News

Die Debatte um den Umgang mit Falschmeldungen, besser bekannt als *Fake News*, wird seit einigen Jahren verstärkt geführt, auch wenn das Phänomen an sich keinesfalls neu ist. Falschmeldungen gibt es vermutlich seit es Nachrichten¹ gibt, so weist die Geschichte zumindest zahlreiche Beispiele bis in die Antike zurück auf (Jaster & Lanius, 2019; Schmid, Stock & Walter, 2018; Zywiets, 2018). Der Begriff Fake News bezeichnet dabei Nachrichten, die erstens falsch oder irreführend sind und bei denen zweitens der/die Verfasser/in der Nachricht einen Mangel an „Wahrhaftigkeit“ aufweist (Jaster & Lanius, 2019, S. 26 ff.). Dies bedeutet, der/die Verfasser/in der Nachricht äußert entweder bewusst die Unwahrheit, also lügt, oder für sie/ihn ist es nicht relevant, ob die Nachricht wahr ist, sondern es kommt ihr/ihm eher auf die Wirkung bzw. das Erreichen bestimmter Ziele an. Fake News sind nicht gleichzusetzen mit Verschwörungserzählungen, da diese maßgeblich von Menschen verbreitet werden, die diese tatsächlich glauben bzw. für wahr halten. Fake News und Verschwörungserzählungen wirken jedoch häufig zusammen, indem Fake News Verschwörungsmymen bestärken können und Personen, die eine Verschwörungsmentalität aufweisen wiederum anfälliger für das Rezipieren von Fake News sind (ebd., S. 58 ff.).

Die Verbreitung von Fake News als Instrumentalisierung für eigene, zumeist (macht-)politische Zwecke ist nichts Neues. Neu ist jedoch die Dimension, also die Reichweite und Wirkmächtigkeit, von Fake News. Diese steht in Verbindung mit der Digitalisierung, der Entstehung von sozialen Medien und einer hiermit verbundenen „Demokratisierung medialer Nachrichtenverbreitung“ (ebd., S. 48). Während vormals Nachrichten vorwiegend von Journalisten/innen verbreitet wurden, ermöglichen soziale Medien jeder Person, die die dazugehörigen Anwendungen bedienen kann, Neuigkeiten im Sinn von Nachrichten und Meinungen zu verbreiten. Dies kann einerseits als Prozess der Demokratisierung und Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten verstanden werden. Andererseits können hierdurch auch wenig fundierte Beiträge und besagte Fake News eine sehr große Reichweite erlangen. Des Weiteren seien in diesem Zusammenhang noch technische Innovationen genannt, die Phänomene wie Deep Fake und Social Bots ermöglichen, durch welche unter anderem ebenso die Möglichkeiten zur Verbreitung von Einstellungen und Fake News verstärkt werden.

Für den klassischen Journalismus, der sich über die Verbreitung von Nachrichten finanziert, sind die Auswirkungen von sozialen Medien weitreichend und stellen einen zusätzlichen Wettbewerbsdruck dar. Vermehrt werden, sowohl in Bezug auf soziale Medien als auch auf klassische Medien, Werbeeinahmen zur Finanzierung eingesetzt, welche wiederum im Zusammenhang damit stehen, wie viel Aufmerksamkeit einer Nachricht zukommt. In der Medi-

¹ Nachrichten sind Mitteilungen bzw. Informationen, die sich auf ein aktuelles Ereignis beziehen und sich an die Öffentlichkeit wenden (Jaster & Lanius, 2019, S. 26).

enlandschaft der Gegenwart wird die Fähigkeit, Aufmerksamkeit, zum Beispiel in Form hoher Klickraten, zu erzeugen, zum entscheidenden Kriterium. Diese „Aufmerksamkeitsökonomie“ (ebd., S. 50) wiederum verstärkt die Verbreitung von Nachrichten, die aufgrund ihrer Prägnanz und Sensationsbezogenheit herausstechen. Kurz: Mit Fake News kann Geld gemacht werden.

Diese Entwicklung geht einher mit einer Skepsis gegenüber etablierten journalistischen Medien, welche populär in dem Wort „Lügenpresse“ zum Ausdruck gebracht wird. Laut der Langzeitstudie Medienvertrauen nimmt im Jahr 2019 mit 28 % der Anteil derer zu, die angaben, etablierten Medien zu misstrauen (Schultz et al., 2020). Hierbei zeigt sich eine Polarisierung in den Einstellungen, insofern der Anteil derjenigen, die den Medien Vertrauen aussprechen mit 43 % gleichbleibend ist, der Anteil der unschlüssigen (Antwortkategorie teils/teils) wird hingegen kleiner. Eine veränderte Haltung etablierten Medien gegenüber äußert sich nicht nur in einer Zunahme von Misstrauen, vielmehr werden auch gehäuft gewaltvolle Angriffe verzeichnet. Die Bundesregierung gab auf Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen bekannt, dass im Jahr 2020 bundesweit 252 Straftaten erfasst wurden, die sich im weitesten Sinn gegen Medien richteten (BT 19/25940). Darunter wurden unter anderem 22 Körperverletzungen, 33 Sachbeschädigungen, 29 Fälle von Bedrohung und Nötigung, 26 Fälle von Volksverhetzung und vier Brandstiftungen verzeichnet. Dies stellt eine Verdoppelung der Angriffe zum Vorjahr dar. Die meisten Straftaten wurden dabei von rechtsmotivierten Tätern/innen verübt.

Des Weiteren geht mit der Veränderung der Berichterstattung und des Medienwesens eine neue Möglichkeit der Nachrichtenrezeption einher, bei der vorwiegend Inhalte bezogen werden können, die der eigenen Auffassung stark entsprechen. Der Begriff Echokammer bezeichnet dabei den Rückzug in den Austausch mit Gleichdenkenden und der Abschottung gegenüber Berichterstattungen, die nicht ins eigene Weltbild passen (Jaster & Lanius, 2019, S. 69 ff.). Sozialwissenschaftliche Forschungen zeigen dabei, dass es jedoch gerade die Interaktion und der Austausch unterschiedlicher Standpunkte und Hintergründe sind, die zu differenzierteren Ansichten und einer toleranteren Haltung führen (Mutz, 2006). Sich hingegen ausschließlich in einer sehr homogenen Gruppe aufzuhalten, kann zu Gruppenpolarisation führen, bei der sich gegenseitig in den eigenen Anschauungen bestärkt wird, was wiederum zu Radikalisierungsprozessen beitragen kann (Moscovici & Zavalloni, 1969). In Untersuchungen zeigte sich, dass Gespräche innerhalb von homogenen Gruppen dazu führen können, dass die Gruppenmitglieder nach den Diskussionen extremere Positionen einnehmen als davor (ebd.). Hierbei wirken Effekte, die schon lange aus der Kleingruppenforschung bekannt sind: Je mehr Menschen zusammen in einer sozialen Gruppe miteinander interagieren, umso eher entstehen Homogenisierungseffekte, das heißt, die Personen gleichen sich untereinander in ihrem Handeln und ihren Einstellungen an (Homans, 1960). Ursache hierfür kann unter anderem auch die Entstehung eines Konformitätsdrucks sein, welcher im bekannten Asch-Experiment aufgezeigt wurde: Einzelne Gruppenmitglieder werden von der Mehrheitsansicht der Gruppe beeinflusst und übernehmen diese, teilweise, weil sie der Gruppe mehr vertrauen als ihren eigenen Ansichten und teilweise, weil die Äußerung einer von der Gruppe abweichenden Meinung als unangenehm empfunden wird (Sader, 2008, S. 161 ff.).

Einflüsse der sozialen Gruppe wie der soeben skizzierte Konformitätsdruck sind jedoch nur eine von vielen Verzerrungsfaktoren der menschlichen Psyche, die auf die Wahrnehmung und

Beurteilung von Informationen wirken (Jaster & Lanius, 2019, S. 48 ff.; Zywietz, 2019, S. 108 f.). Diese sind im Zusammenhang mit Fake News insofern relevant, da sie eine Erklärung dafür bieten, warum Falschmeldungen Verbreitung und Anhänger/innen finden. Durch Verzerrungsfaktoren der Wahrnehmung kommt es dazu, dass ein und dieselbe Information von verschiedenen Personen sehr unterschiedlich wahrgenommen und bewertet werden kann. Hierbei ist beispielsweise der sogenannte Bestätigungsfehler entscheidend, der dazu führt, dass eine Information bzw. Nachricht eher als wahr angesehen wird, wenn sie den bestehenden Einstellungen entspricht. Steht die Information jedoch entgegen den eigenen Ansichten, führt dies zu kognitiver Dissonanz. Einer neuen Information, die nicht in das eigene Weltbild passt, zu misstrauen oder diese zumindest anzuzweifeln, ist eine Möglichkeit, die kognitive Dissonanz zu reduzieren.² Ferner wird eine Information umso eher als wahr eingeschätzt, je häufiger diese schon einmal gehört wurde und somit als *bekannt* wahrgenommen wird, insbesondere wenn diese von Personen geäußert wird, zu denen Gefühle der Sympathie bestehen.

Vor dem skizzierten Hintergrund der Relevanz von sozialen Medien und Phänomenen wie den genannten Echokammern und dergleichen, ist auch ein neuer Nährboden für Radikalisierungsprozesse geschaffen. Denn im Internet können sich Menschen Gruppen anschließen, die sie in ihrem analogen Leben typischerweise nicht treffen würden. Insbesondere Verschwörungserzählungen wie beispielsweise im Kontext der sogenannten Reichsbürger können über soziale Medien und das Internet oftmals überhaupt erst eine Gruppe bilden. In ihrem alltäglichen analogen Leben treffen beispielsweise diejenigen, die die Staatlichkeit Deutschlands anzweifeln hingegen wohl selten auf Zustimmung.

In den letzten Jahren sind Fake News vor allem mit politischem Hintergrund diskutiert worden, insbesondere solche, die zu weitreichenden Folgen führten. So wurde beispielsweise die Diskussion um den Brexit und die Volksabstimmung in diesem Zusammenhang von Falschmeldungen in Bezug auf die vermeintlichen finanziellen Nachteile Großbritanniens aufgrund der EU-Mitgliedschaft geprägt. Ebenso wird der Politikstil und die Popularität von Donald Trump im Kontext von Fake News diskutiert, unter anderem auch deshalb, da er selbst diesen Begriff als „Kampfvokabel“ (Zywietz, 2018, S. 99) gegen kritischen Journalismus genutzt hat. Spätestens seit Beginn der Corona-Pandemie scheinen Fake News jedoch ebenso kriminologische Bedeutung zu entfalten.

Dabei kursieren zum einen Fake News, die weniger durch eine (macht-)politische Motivation geprägt sind, sondern explizit zur Kriminalitätsbegehung verbreitet werden. Hierbei handelt es sich beispielsweise um Falschmeldungen, die ein Corona-Narrativ in Bezug auf Behandlungs- und Schutzmöglichkeiten nutzen, um Betrugsdelikte zu begehen (Fake Shops, falsche Atemschutzmasken und Desinfektionsmittel bis hin zu Phishingmails, also dem Versuch, mittels E-Mail-Kontaktierung Passwörter abzugreifen).³ Fake News sind somit zu einem *modus operandi*, einer Art der Tatbegehung, geworden.

² Eine aktuelle Untersuchung an der Universität Frankfurt ergab eine von den Autoren zuvor nicht erwartete Bereitschaft von Studierenden mit linksorientierten Einstellungen, unliebsame Meinungen in Hochschuldiskursen nicht zuzulassen (Revers & Traunmüller, 2020). Ein Drittel bis die Hälfte der Befragten sind demnach dagegen, Vertreter/innen abweichender Meinungen zu Themen wie Islam, Geschlecht und Zuwanderung an der Hochschule bei Podiumsdiskussionen auftreten zu lassen.

³ Zumindest wenn sie Nachrichtencharakter aufweisen, das heißt, sich auf ein aktuelles Ereignis beziehen und sich an die Öffentlichkeit wenden.

Zum anderen haben jedoch auch politisch motivierte Fake News Auswirkungen auf Kriminalitätsentstehung. So liegen zahlreiche Vorfälle vor, bei denen verbreitete Fake News Personen(gruppen) bis hin zu Akten von Selbstjustiz gegenüber vermeintlichen Täter/innen mobilisierten. Ferner führen während der Corona-Pandemie Fake News mit politischem Hintergrund auch dazu, dass Menschen in den Corona-Gegenmaßnahmen Unterdrückung und unzulässige Grundrechtseingriffe sehen, was wiederum unter anderem die Missachtung von Corona-Schutzverordnungen mitbedingt. Prägnante Beispiele hierfür sind sicherlich die Demonstrationen in zahlreichen Großstädten Deutschlands, bei denen sich tausende von Menschen ohne Mundschutz und die Einhaltung eines ausreichenden Abstands versammelten. Hierbei handelt es sich meist um Ordnungswidrigkeiten und somit einen Bereich, der von Kriminologie und Prävention typischerweise eher vernachlässigt wird. In dem skizzierten Zusammenhang werden Ordnungswidrigkeiten jedoch kriminologisch relevant (und interessant). Denn in der Begehung von Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit den Corona-Schutzmaßnahmen kommt eine Gemengelage von Verschwörungsannahmen, Fake News und Angst zum Ausdruck, die als Problem der Demokratie und des Verhältnisses zwischen Bürger/in und Staat verstanden werden können und sich in abweichenden Verhaltensweisen ausdrücken. Dass es bei diesen Demonstrationen nicht nur um eine andere Einschätzung zur Bekämpfung der Pandemie geht, wird deutlich, wenn die einzelnen Akteursgruppen betrachtet werden, welche unter anderem rechtsextremistische und antisemitische Einstellungen sowie Verschwörungsmythen vertreten.

2.2 Verschwörungsmythen und Wissenschaftsskepsis

Karl Popper bezeichnete eine Verschwörungserzählung⁴ als eine Annahme, die „(...) behauptet, daß die Erklärung eines sozialen Phänomens in der Entdeckung besteht, daß Menschen oder Gruppen an dem Eintreten dieses Ereignisses interessiert waren und daß sie konspiriert haben, um es herbeizuführen.“ (Popper, 2003 [1958], S. 111 f.). Ein Verschwörungsmythos erklärt demnach ein bestimmtes Ereignis als intentional hervorgebrachtes, wobei sich die Interessen im Geheimen halten. Popper kritisiert in diesem Kontext die Vorstellung, alle sozialen Sachverhalte seien ein Resultat von Intentionen einflussreicher Personen (ebd.). Dies zählt auch Michael Butter mit Verweis auf den Politikwissenschaftler Michael Barkun als eines von drei Merkmalen einer Verschwörungserzählung auf: „1.) Nichts geschieht durch Zufall. 2.) Nichts ist, wie es scheint. 3.) Alles ist miteinander verbunden“ (Butter, 2018, S. 22).

Verschwörungsmythen stellen meist Bedrohungsszenarien dar, können sich dabei jedoch theoretisch auf unterschiedliche politische Haltungen beziehen. Empirische Befunde weisen allerdings darauf hin, dass vor allem Männer mit politisch extremen bzw. demokratiefeindlichen Einstellungen Verschwörungserzählungen anhängen (Butter, 2018; Rees & Lamberty, 2019, S. 213 ff.). Ferner lassen Studienergebnisse den Schluss zu, dass Menschen, bei denen das analytische Denken nicht stark ausgeprägt ist und die sich eher intuitiven Denkweisen bedienen, anfälliger für Verschwörungsmythen sind (Swami et al., 2014), ein Befund, der mit

⁴ Im vorliegenden Gutachten wird bewusst darauf verzichtet, von Verschwörungstheorien zu sprechen, da diese meist so formuliert bzw. konstruiert sind, dass sie nicht widerlegt werden können (*alles ist Teil der Verschwörung*). Es mangelt demnach an dem Kriterium der Falsifizierbarkeit und der Überprüfbarkeit, welches ein wichtiges Kriterium von Wissenschaft und Theorien darstellt. Aus diesem Grund werden die Begriffe Verschwörungsmythos bzw. -erzählung gewählt.

Wissenschaftsskepsis als Merkmal von Verschwörungsmentalitäten einhergeht (Rees & Lamberty, 2019, S. 212 ff.). Verschwörungserzählungen stehen ferner im engen Zusammenhang mit rechtsextremen, antisemitischen und anderen menschenverachtenden Einstellungen (ebd., S. 209 ff.).

Das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld hat zu Beginn des sogenannten ersten Lockdowns in Deutschland am 23. März 2020 über zwei Wochen eine quantitative Online-Befragung durchgeführt (IKG, 2020). Hierbei handelt es sich um eine nicht-repräsentative Umfrage von N=3.111 Personen zu der Wahrnehmung der Corona-Pandemie. Zum einen zeigen die ersten Ergebnisse der Studie, dass unter den Befragten eine hohe Sorge um andere Menschen sowie ein großes Maß an Hilfsbereitschaft vorlag. Die Schutzmaßnahmen hinsichtlich der Einschränkungen sozialer Kontakte, des öffentlichen Lebens sowie der Reisefreiheit wurden mehrheitlich als sinnvoll erachtet. Vor dem Hintergrund, dass die Pandemiebekämpfung in fast allen Bereichen des alltäglichen und gesellschaftlichen Lebens unmittelbar zu erheblichen Veränderungen geführt hat, scheint ein großes Verständnis der Bevölkerung für die politisch entschiedenen Maßnahmen, Hilfsbereitschaft und Empathie eine positive Ausgangssituation zu sein.

Andererseits ergab die Befragung bezogen auf politische Haltungen und Einstellungen auch, dass fast ein Viertel (24 %) der Aussage zustimmte, dass „Medien und Politik gezielt bestimmte Informationen verschweigen“ (IKG, 2020, S. 12) würden, weitere 24 % bejahten dies „teils/teils“. Dies deutet bei fast der Hälfte der Studienteilnehmern/innen zumindest latent auf ein Misstrauen gegenüber etablierten Medien und dem Staat bzw. der Regierung hin. 8 % stimmten der Aussage zu, dass es „geheime Organisationen gibt, die während der Corona-Krise großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben“ (ebd.), während 13 % dieser Aussage teils/teils zustimmten. 10 % gaben an, dass sie ihren „Gefühlen mit Blick auf den Umgang mit Corona mehr als sogenannten Experten“ (ebd.) vertrauten. In Anbetracht dessen, dass es sich im Kontext der Pandemiebekämpfung bei den Experten/innen vor allem um Wissenschaftler/innen handelt, kann das Zustimmungsverhalten zu der Aussage als Ausdruck von Wissenschaftsskepsis interpretiert werden. Letztendlich stimmte jedoch ein erheblich größerer Anteil der Befragten (zum Teil über 50 %) politischen Haltungen zu, die sich für das Einhalten der Empfehlungen von Experten/innen aussprechen und das Ahnden von Regelbrüchen in diesem Zusammenhang befürworten.

Über den zweiwöchigen Befragungszeitraum nahm jedoch die letztgenannte Einstellung ab, während Zustimmungen zu den eher verschwörungsideologischen Aussagen zunahmen. Die Teilnehmer/innen der Untersuchung des IKG der Universität Bielefeld wurden zu einem späteren Zeitpunkt nochmalig befragt. Die Ergebnisse, welche gegenwärtig noch nicht vorliegen, werden zeigen, inwiefern diese Veränderung innerhalb des Zweiwochenzeitraums eine generelle Tendenz angedeutet hat. Allerdings hat das IKG die Verbreitung von Verschwörungsmentalitäten auch schon in der Befragung 2018/2019 im Rahmen der sogenannten Mitte-Studie erhoben (Rees & Lamberty, 2019). Mittels einer fünfstufigen Skala erfasst, stimmte fast die Hälfte (45,7 %) zu, dass es „geheime Organisationen, die großen Einfluss auf die politischen Entscheidungen haben“ (ebd., S. 214) gäbe, wobei weitere 19,7 % mit *teils/teils* antworteten. 32,7 % meinten, „Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte“ (ebd.), wobei 26,3 % teils/teils zustimmten. Ein Viertel

(24,2 %) gab an, „Medien und die Politik stecken unter einer Decke“ (ebd.; 24,9 % teils/teils). Wissenschaftsskepsis in Form der Itemformulierung „Ich vertraue meinen Gefühlen mehr als sogenannten Experten“ bejahte die Hälfte (50,4 %; 29,3 % teils/teils; ebd.), wohingegen der Annahme, „Studien, die einen Klimawandel belegen, sind meist gefälscht“ (ebd.) mit 11,6 % (13,4 % teils/teils) weniger Personen zustimmten.

Die Verbreitung von Verschwörungsmythen während der Corona-Pandemie wurde auch in der Leipziger Autoritarismus Studie von Decker und Brähler (2020) untersucht. Hierbei handelt es sich um eine repräsentative deutschlandweite Befragung, die seit 2002 durchgeführt wird. Im Fokus der Untersuchung steht die Erhebung rechtsextremer Einstellungen. Insofern ist die Leipziger Autoritarismus Studie keine coronaspezifische Erhebung, jedoch werden durch den Befragungszeitraum der aktuellen Untersuchung von Mai bis Juni 2020 politische Einstellungen, insbesondere aus den Bereichen des Rechtsextremismus und der Verschwörungserzählungen, zur Zeit der Corona-Pandemie in Deutschland erfasst. Aufgrund der vorangegangenen Befragungen sind zudem Aussagen über Einstellungsänderungen möglich. Im Rahmen der aktuellen Studie wurden im Jahr 2020 N=2.503 ab 14 Jahren in Deutschland befragt.

Hierbei zeigte sich eine hohe Verbreitung von spezifischen Verschwörungsmythen im Zusammenhang mit Corona (Schließler, Hellweg & Decker, 2020). Dem Item „Die Hintergründe der Corona-Pandemie werden nie ans Licht der Öffentlichkeit kommen“ (ebd., S. 301) stimmten auf einer fünfstufigen Skala 47,8 % stark zu (Antwortkategorie 4 und 5), während weitere 14,6 % die mittlere Antwortkategorie wählten. Der Aussage „Die Corona-Krise wurde so groß geredet, damit einige wenige davon profitieren“ stimmten 33 % stark zu, wobei weitere 15,4 % die mittlere Antwortmöglichkeit nannten. Durch eine lineare Regressionsanalyse wurde ferner untersucht, welche Faktoren einen (eigenständigen) Einfluss auf den Glauben an die beiden coronabezogenen Verschwörungsmythen ausüben (ebd., S. 302 f.). Im Ergebnis zeigte sich zum einen in zu erwartender Weise, dass eine grundlegende Verschwörungsmentalität Einfluss auf die Zustimmung ausübt. Des Weiteren weisen aber auch eine Haltung im Sinn des Konventionalismus (bestehende Strukturen und Verhaltensweisen sollten nicht angezweifelt werden) und autoritäre Aggressionen (unbedingte Durchsetzung gesellschaftlicher Normen) einen eigenständigen Effekt auf. Ferner erhöhte die Ansicht, dem politischen System fehle es an Legitimation, die Wahrscheinlichkeit, den genannten coronabezogenen Verschwörungsmythen zuzustimmen. Bezüglich soziodemografischer Merkmale stellten das Alter (jung) und das Geschlecht (männlich) Einflussfaktoren dar.

Im Rahmen der Leipziger Autoritarismus Studie wird das Phänomen der Verschwörungserzählung schon seit 2012 erhoben (Schließler, Hellweg & Decker, 2020). Dabei wird deutlich, dass von 2012 bis 2018 das Zustimmungsverhalten zu Verschwörungsmythen rückläufig war, seitdem steigt es jedoch bis ins letzte Erhebungsjahr 2020 an (ebd., S. 204).

Wissenschaftler der Universität Heidelberg führten im Sommer (30.6.-7.7., N=1.351) und am Ende des Jahres (30.11.-11.12., N=1.099) 2020 eine repräsentative Bevölkerungsbefragung durch (Kirsch, Kube & Zohlnhöfer, 2020). Zu den Befunden gehörte, dass zwar über die Hälfte (55 %) der Befragten zufrieden mit den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sind, dieser Anteil jedoch geringer ausfällt als zum ersten Erhebungszeitpunkt (68,3 %). Die Bereitschaft, die Regeln im Zusammenhang mit den Corona-Schutzmaßnahmen zu befolgen, ist

mit 83 % unverändert hoch geblieben. Die Impfbereitschaft ist zwischen den beiden Befragungszeitpunkten hingegen auf 46 % gesunken. Hierbei deuten die Befunde darauf hin, dass das Alter (höheres Alter), die Zufriedenheit mit der Coronapolitik und das Vertrauen in die Wissenschaft mit einer höheren Impfbereitschaft verbunden sind. Zugenommen hat zum Ende des Jahres 2020 die Zustimmung zu Verschwörungsmithen von 11 % auf 17 %.

Zu einem anderen Ergebnis hingegen kommt die Hans-Böckler-Stiftung (2020) in einer Onlinebefragung von N=6.100 Personen im November 2020. Untersuchungsteilnehmer/innen hatten bereits im April und im Juni im Rahmen der Befragung Auskunft erteilt. Gestiegen ist zum vorherigen Befragungszeitpunkt die Sorge um die eigene Gesundheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Knapp ein Drittel weniger als im Juni stimmte im November hingegen dem coronabezogenen Verschwörungsmithos zu, man könne sich vorstellen, „dass die Pandemie von Eliten benutzt wird, um die Interessen von Reichen und Mächtigen durchzusetzen“ (ebd.). Dass hier ein Rückgang festgestellt wird im Gegensatz zu den anderen genannten Untersuchungen, könnte unter anderem an unterschiedlichen Item-Formulierungen bzw. an der Stichprobenszusammensetzung (Online-Access-Panel) liegen.

Insgesamt zeigt sich eine hohe Verbreitung und eine Zunahme⁵ von Verschwörungserzählungen und eine stärkere Sichtbarwerdung von Wissenschaftsskepsis. Das Internet trägt in diesem Zusammenhang zu einer Stärkung des Verbreitungsgrades bei, insbesondere im Kontext der oben genannten Echokammern. Das Internet hält jedoch auch andere Funktionen bereit. So merkt Butter an, dass das Internet ebenso eine Möglichkeit der Informationsgewinnung ist, um solche Erzählungen zu widerlegen (2018, S. 179 ff.).

2.3 Vorurteile und Rechtsextremismus

Befunde zu dem Ausmaß und der Entwicklung rechtsextremer Einstellungen während der Corona-Pandemie gibt unter anderem die bereits genannte Leipziger Autoritarismus Studie (Decker & Brähler, 2020). Rechtsextreme Einstellungen werden dabei in sechs Dimensionen gemessen: „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus (Elemente einer Neo-NS-Ideologie) sowie Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit (Elemente des Ethnozentrismus)“ (Decker et al., 2020, S. 34). Jede Dimension wurde mittels drei extrem-rechten Aussagen auf einer fünfstufigen Skala erhoben.

Insgesamt fallen dabei hohe Zustimmungswerte zu den einzelnen Aussagen auf, welche anhand von vier der insgesamt zwölf Items kurz dargestellt werden sollen. So stimmten beispielsweise 17,1 % der Befragten überwiegend bzw. voll und ganz der Aussage „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“ zu, wobei weitere 21,2 % hier die mittlere Antwortkategorie (stimme teils zu, teils nicht zu) wählten (ebd., S. 37). 10,2 % der Befragten stimmten überwiegend bzw. voll und ganz dem Item „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß“ zu, wobei weitere 24,6 % hier teilweise zustimmten (ebd., 39). In Bezug auf das Item „Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen“ wählten immerhin 11,0 % die beiden stärksten Antwortkategorien, weitere 21,4 % zeigten latente Zustimmung (mittlere Antwortkatego-

⁵ Mit Ausnahme der Befunde der Hans-Böckler-Stiftung (2020).

rie; ebd., S. 40). Über ein Viertel der Befragten (28,4 %) stimmte dem Item „Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ zu, 31,0 % zeigten eine teilweise Zustimmung. Deutliche Unterschiede wurden beim Antwortverhalten hinsichtlich Ost- und Westdeutschland ersichtlich, insofern die Zustimmungen in den neuen Bundesländern höher ausfallen als in den alten.⁶

Bezogen auf die Entwicklung der sechs untersuchten Dimensionen rechtsextremer Einstellungen wird in Ostdeutschland eine Zunahme der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Antisemitismus (wenn auch nur leicht), der Verharmlosung des Nationalsozialismus und chauvinistischer Einstellungen festgestellt, die sich bezogen auf Gesamtdeutschland nicht zeigt (ebd., S. 44ff.). Ferner nehmen sozialdarwinistische Einstellungen und Ausländerfeindlichkeit sowohl in West- als auch in Ostdeutschland ab. Eine geschlossene rechtsextreme Einstellung im Sinn hoher Zustimmungswerte der sechs Dimensionen, steht in Korrelation mit geringer Bildung und dem männlichen Geschlecht. Insgesamt verzeichnen die Autoren/innen der Leipziger Autoritarismus Studie eine rückläufige Entwicklung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland seit 2002 (ebd., S. 70 ff.). Dennoch sehen sie insbesondere im Zusammenhang mit (wahrgenommenen) Krisen zu einzelnen Zeitpunkten Anstiege. Ferner wird trotz Rückgangs eine Polarisierung und Radikalisierung rechtsextrem Eingestellter konstatiert. Ebenso besorgniserregend sind für das Forschungsteam die insgesamt über die Jahre hinweg erhobenen hohen Zustimmungswerte von Einstellungen, die im Zusammenhang mit Ethnozentrismus und Ungleichwertigkeit stehen.

Ebenso stellte die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2020a) bezogen auf das Berichtsjahr 2019 einen Anstieg an Beratungsanfragen aufgrund rassistischer Diskriminierung fest. Im Verhältnis zu 2015 haben diese sich mehr als verdoppelt (ebd., S. 12). Insgesamt wurden 1.176 Anfragen registriert, bei 33 % hiervon handelte es sich um Diskriminierungserfahrungen aufgrund der ethnischen Herkunft (ebd., S. 12; 44). Rassismus zeigt sich zum einen in gewalttätigen Angriffen, Amoktaten sowie Totschlagsdelikten, zum anderen aber auch in vielfältigen Diskriminierungserfahrungen im Alltag. Hierauf deuten auch die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage im Jahr 2019 hin, die im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle durchgeführt wurde (ebd., S. 13 ff.). Von den Befragten mit Migrationshintergrund, die innerhalb der letzten zehn Jahre eine Wohnung suchten, gab ein Drittel an, dabei Diskriminierungserfahrungen gemacht haben zu müssen. Bezogen auf alle Studienteilnehmer/innen gaben wiederum 41 % an, „sie hätten sehr große bzw. große Bedenken, eine Wohnung an eine eingewanderte Person zu vermieten“ (ebd.). Ferner liegt ein erster Bericht der Tätigkeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zu Zeiten der Corona-Pandemie vor (2020b). Bis zum 20.4.2020 wurden 100 Beratungsfälle verzeichnet, bei denen es sich um Diskriminierungserfahrungen im Zusammenhang mit dem Coronavirus handelte. Ungefähr die Hälfte (58 Fälle) hiervon sind Diskriminierungsfälle aufgrund der ethnischen Herkunft. Insbesondere Personen, denen eine asiatische Herkunft zugeschrieben wird, erleben dabei Anfeindungen und Ausschluss. Rassistische Ressentiments im Kontext von Corona finden sich auch in Medienberichterstattungen - die sechste Ausgabe im Jahr 2020 des Spiegels⁷ sei hier nur eins von vielen

⁶ Zu den Unterschieden bezüglich rechtsextremer und menschenfeindlicher Einstellungen zwischen Ost- und Westdeutschland siehe auch Küpper, Schröter & Zick, 2019.

⁷ Dieser titelte in gelben Buchstaben „Made in China“ vor einer Person mit vermeintlich asiatischer Herkunft in einem roten Ganzkörperschutzanzug (<https://www.spiegel.de/spiegel/print/index-2020-6.html>); abgerufen am

möglichen Beispielen.

Des Weiteren deuten die Daten staatlicher Behörden auf Radikalisierungstendenzen und die Zunahme demokratiedefizitärer und rechtsextremer Einstellungen hin. So zeigt ein Austausch der Verfassungsschützer aus Bund und Ländern im Dezember 2020 einen Zuwachs an Rechtsextremisten/innen um 1.200 auf 33.300 Anhänger/innen an.⁸ Die Szene der sogenannten Reichsbürger/innen stieg um 1.000 auf 20.000 an, wobei hiervon 1.000 Personen auch als rechtsextrem eingestuft wurden. Ferner wird in rechtsextremistischen Gruppierungen eine erhöhte Gewaltbereitschaft verzeichnet. Aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Fraktion Die Linke geht hervor, dass im Oktober 2020 insgesamt 1.139 Straftaten, die dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität-rechts“ zugeordnet werden, registriert wurden, wobei es sich bei 53 Taten um Gewaltdelikte handelte (BT-19/25538).

Haltungen und Einstellungen sind handlungsleitend und somit nicht nur eine Frage der Meinung. Dass Vorurteile und Rechtsextremismus ebenso Straftaten zugrunde liegen, zeigt sich ferner bezogen auf Kriminalität. Hinsichtlich der Kriminalitätsentwicklung in Deutschland der letzten Jahre stechen zwei Phänomenbereiche besonders hervor: Zum einen die Zunahme rechtsmotivierter Straftaten und zum anderen eine ansteigende Tendenz zur Selbstbewaffnung (siehe 2.4).⁹ Betont sei an dieser Stelle, dass diese Entwicklungen vor dem Hintergrund einer seit Jahren sinkenden Kriminalitätsrate, insbesondere auch in Bezug auf Gewalt- und Straßekriminalität, stattfinden und somit konträr zu der allgemeinen Entwicklung amtlich registrierter Straftaten stehen. Bei rechtsmotivierten Taten lässt sich hingegen in den vergangenen zehn Jahren ein Anstieg verzeichnen, von 2018 zu 2019 stiegen sie um 9,4 % (Bundesministerium für Inneres und Heimat & Bundeskriminalamt, 2020, S. 2 f.). Bei 63,8 % dieser Fälle handelte es sich um Propagandadelikte, wie beispielsweise das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Rechtsmotivierte Gewalttaten nahmen hingegen zum Vorjahr um 14,7 % ab, sind jedoch mit einer Fallzahl von 986 noch über dem Niveau von 2012 (ebd., S.4).

2.4 Selbstbewaffnung

Wenn auch die Selbstbewaffnung bislang nicht bezogen auf den Zeitraum der Corona-Pandemie erhoben wurde, so zählt dieses Phänomen dennoch zu einer gegenwärtigen Entwicklung, welche hinsichtlich möglicher Motivations- und Ursachenstrukturen Bezüge zu den vorherigen Problembereichen aufweist. Hierin könnte sich insbesondere ein defizitäres Verhältnis zwischen Bürger/innen und Staat ausdrücken¹⁰ (mehr dazu siehe unten). Seit der Einführung des kleinen Waffenscheins 2003¹¹ steigt die Zahl der Beantragungen stetig: Bundes-

16.1.2021).

⁸ <https://www.tagesspiegel.de/politik/wachsende-gefahr-fuer-die-innere-sicherheit-bedrohung-durch-rechtsextremisten-und-reichsbuerger-nimmt-zu/26770270.html> (abgerufen am 16.1.2021).

⁹ Für eine Darstellung der Kriminalitätsentwicklung während der Corona-Pandemie siehe Neubert et al., 2020 sowie Wollinger, Werner & Bode, 2021.

¹⁰ Gegenwärtig liegen wenig empirische Erkenntnisse zu den Hintergründen und Motivstrukturen von Menschen vor, die sich selbst bewaffnen, sodass diesbezüglich nur Mutmaßungen aufgestellt werden können.

¹¹ Seit dem Inkrafttreten des neuen Waffengesetzes (WaffG) 2003 gibt es in Deutschland den kleinen Waffenschein, welcher dazu berechtigt, sogenannte SRS-Waffen (Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen) in der Öffentlichkeit mit sich zu führen (§ 10 Abs. 4 WaffG). SRS-Waffen sind keine Schusswaffen, da keine Geschosse sondern Gase abgefeuert werden. Des Weiteren gehören diese Waffen zu den erlaubnisfreien Waffen und können frei erworben werden. Zur Berechtigung, SRS-Waffen auch außerhalb der eigenen privaten Räume zu

weit registrierte das Nationale Waffenregister zum letzten Stichtag am 31.1.2020 670.567 Inhaber/innen des kleinen Waffenscheins (BT 19/17961). Damit haben sich die Zahlen innerhalb von fünf Jahren mehr als verdoppelt.¹²

Ferner zeigen Daten des sogenannten polizeilichen Hellfelds, dass im Zusammenhang mit der Begehung von Straftaten auch vermehrt von Waffen Gebrauch gemacht wird. So stiegen laut der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2019 im Vergleich zum Vorjahr die Straftaten, bei denen mit einer Schusswaffe gedroht (PKS 2018: 3.819, PKS 2019: 4.512) bzw. geschossen (PKS 2018: 4.524, PKS 2019: 4.639) wurde (Bundeskriminalamt, 2020a, S. 8). Gegenüber dem Vorjahr ist dies insgesamt ein Anstieg von 9,7 %, wobei die Fälle, in denen mit einer Schusswaffe gedroht wurde, sogar um 18,1 % stiegen (Bundeskriminalamt, 2020b). Der Einsatz von sogenannten SRS-Waffen, die der Kleine Waffenschein adressiert, wird von der PKS nicht gesondert erfasst. Allerdings erheben einige Bundesländer den Einsatz von Messern im Zusammenhang mit Straftaten. Unter anderem aufgrund unterschiedlicher Erfassungsrichtlinien,¹³ ist eine genaue Aussage hierzu schwierig; allerdings liegen hierbei für einige Bundesländer Hinweise für einen Anstieg von Messereinsätzen vor¹⁴.

Weitere Befunde liegen in Form von Dunkelfeldstudien vor. Eine repräsentative Befragung von N=1.012 der deutschsprachigen Bevölkerung (ab 18 Jahren), durchgeführt Anfang 2017 von infratest dimap im Auftrag des NDR, ergab, dass 11 % Reizgas oder eine Waffe bei sich tragen, um sich zu verteidigen (infratest dimap, o.J.). Da es sich dabei um eine Panelbefragung handelte, konnten ferner auch Verhaltensveränderungen erfasst werden. Dabei gaben 63 % an, dass sie dies häufiger tun als noch vor zwei Jahren.

Das Landeskriminalamt Niedersachsen führt seit 2013 und das Landeskriminalamt Schleswig-Holstein seit 2015 repräsentative Dunkelfeldbefragung in Niedersachsen und Schleswig-Holstein durch, wobei der gleiche Fragebogen genutzt wird (Dreißigacker, 2016; Dreißigacker, 2017, LKA Niedersachsen, 2013; LKA Niedersachsen, 2016; LKA Niedersachsen 2018). Die aktuelle Studie ergab, dass 5,8 % der Befragten in Niedersachsen (LKA Niedersachsen, 2018, S. 38) und 6,6 % der Befragten in Schleswig-Holstein (Dreißigacker, 2017, S. 32) Reizgas, ein Messer oder eine andere Waffe bei sich tragen, um sich zu verteidigen. Zwei Jahre zuvor gaben dies hingegen nur 3,7 % in Niedersachsen (LKA Niedersachsen, 2016, S. 26)¹⁵ und 4,4 % in Schleswig-Holstein (Dreißigacker, 2016, S. 22) an. Hierbei taten dies Frauen häufiger als Männer und ältere Personen seltener als jüngere.

Der Befund des Alterseffekts zeigt sich auch bei noch jüngeren Befragten. So wurde in einer längsschnittlich angelegten Befragung von Neuntklässlern/innen durch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN) in Niedersachsen 2013, 2015 und 2017 danach gefragt, wie häufig Waffen wie Messer, Schlagring, Schlagstock oder Tränengas bzw. Pfefferspray mit in die Schule oder während der Freizeit bei sich geführt werden (Bergmann et al., 2019, S. 60.). Hierbei gaben 2017 7,8 % der Schüler/innen an, mindestens eine der drei erst-

tragen, ist jedoch ein kleiner Waffenschein notwendig.

¹² <https://www.nrz.de/politik/675-000-deutsche-haben-kleinen-waffenschein-zahl-verdoppelt-id228812625.html> (abgerufen am 6.2.2021).

¹³ Erst für das PKS-Jahr 2020 liegt eine bundesweite einheitliche Erfassungsrichtlinie vor.

¹⁴ <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/inland/kriminalitaet-statistiken-101.html> (abgerufen am 6.2.2021).

¹⁵ Bei der Befragung im Jahr 2013 in Niedersachsen bejahten das Mitführen von Waffen 3,1 % (LKA Niedersachsen, 2013, S. 18).

genannten Waffen in der Schule und 21,8 % in der Freizeit mitzuführen (ebd., S. 61). Diese Werte sind signifikant höher als in der vorherigen Befragung 2015 (Schule: 5,9 %, Freizeit: 18,7 %).¹⁶ Ebenso starke Anstiege ergaben sich hinsichtlich Tränengas bzw. Pfefferspray: 2017 gaben 7,8 % der Befragten an, dies in der Schule mit sich zu führen, (2013: 5,9 %) und 10,4 % (2015: 5,9 %) bejahten dies für die Freizeit (ebd.).

Die Zunahme von Bewaffnung wird auch innerhalb der polizeilichen Kriminalprävention als Problem wahrgenommen, sodass bereits erste Präventionsprojekte, die diesen Problembereich adressieren, vorliegen.¹⁷

2.5 Zwischenfazit: Krise als Seismograf

Nach Émile Durkheim stellt eine Krise eine „Störung der kollektiven Ordnung“ (Durkheim, 1983 [1897], S. 278) dar. Krisen sind demnach dadurch gekennzeichnet, dass die soziale Ordnung im Sinn des allgemeinen Normgefüges nicht mehr bzw. nur unzureichend besteht. Wenn die Verbindlichkeit von Normen wegbricht, ist unklar, woran sich das Handeln und Streben des/der Einzelnen orientieren soll, ein Zustand, den Durkheim auch als *Anomie* bezeichnet. Fraglich ist jedoch, inwiefern die mit der Krise in Verbindung stehende Orientierungslosigkeit für die oben skizzierten empirischen Beobachtungen ursächlich ist oder diese nicht schon vor der Krise gesellschaftlich verankert waren. Problematische Phänomenbereiche und -entwicklungen hinsichtlich der Verbreitung von Fake News, vorurteilsbehafteten und rechtsextremen Einstellungen, Wissenschaftsskepsis und Verschwörungsmythen sowie Handlungspraxen, die auf ein defizitäres Verhältnis von Bürger/in und Staat hindeuten, wurden nicht erst seit Corona empirisch beobachtet.

Zwar erfahren Verschwörungsmythen, insbesondere solche, die sich eines Corona-Narrativs bedienen, gegenwärtig Sichtbarkeit und Aufmerksamkeit, dennoch sind Verschwörungsmentalitäten kein Novum, sondern, wie oben ausgeführt, weit in der Gesellschaft verbreitet (Rees & Lamberty, 2019; Schließler, Hellwig & Decker, 2020). Des Weiteren weisen die Mitte-Studien von 2002 bis zur Befragung im Jahr 2018/2019 auf eine „Stabilisierung menschenfeindlicher Einstellungen in der deutschen Bevölkerung“ (Zick, Berghan & Mokros, 2019, S. 79) hin. Zwar stagnieren die Zustimmungswerte in Bezug auf die meisten Ausprägungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vom letzten zum vorherigen Erhebungsjahr 2016, allerdings sind diese dennoch zum Teil auf hohem Niveau. Beispielsweise vertraten über die Hälfte der befragten Deutschen (54,1 %) abwertende Einstellungen gegenüber Asylsuchenden (ebd., S. 80). Auf der Grundlage der Mitte-Studien stellen die Autoren/innen eine zunehmende Polarisierung von Einstellungen und Haltungen der Gesellschaft fest, die sich vor allem in Krisenkontexten wie beispielsweise der Finanzkrise verstärkt (Zick, Küpper & Berghan, 2019, S. 17 f.). Insbesondere wird eine zunehmende Gewaltbereitschaft und –billigung innerhalb der Mitte der Gesellschaft und ein „(...) stabiler Antisemitismus, ein hohes Ausmaß an menschenfeindlichen Meinungen gegenüber Langzeitarbeitslosen, Asylsuchenden, Sinti und Roma“ (ebd.) beobachtet. Ferner weisen sie auf eine Tendenz der „Dekonsolidierung der Demokratie“ (ebd., S. 18) hin.

¹⁶ Von 2013 zu 2015 ergaben sich hingegen keine relevanten Unterschiede.

¹⁷ Siehe beispielsweise das Präventionsprojekt der Berliner Polizei „Messer machen Mörder“, <https://www.berlin.de/polizei/aufgaben/praevention/gewalt/artikel.241010.php>, (abgerufen am 25.01.2021).

Die neue Dimension der Wirkmächtigkeit von Fake News ist ebenso keine Erscheinung, die erst im Zusammenhang mit der Pandemie aufkam (siehe oben). Verknüpfend zu den zuvor genannten Haltungen und Einstellungen überlegt Zywiets, ob Fake News „(...) weniger Ursache als *Resultat* und *Ausdruck* des Weltbilds sind, ob sie also aufgrund bereits bestehender Einstellungen und Haltungen hergestellt, gesucht und angenommen werden“ (Hervorhebung im Original; 2018, S. 108 f.).

Indes mag die Pandemie als Krisensituation eine gesellschaftliche Zäsur darstellen und mit einer Vielzahl von Schwierigkeiten und Herausforderungen verbunden sein, die sich so vorher für viele Menschen nicht gestellt haben. Dennoch basieren die Reaktionen hierauf und der Umgang mit aufkommenden Sorgen und Unsicherheiten auf bestehenden Einstellungs- und Handlungsmustern. Dies erklärt ferner, dass sich Individuen und gesellschaftliche Systeme in ihrer Haltung und ihrem Umgang mit der Pandemie unterscheiden. Die Krisensituation selbst kann dahingehend also keine ursächliche Erklärung für die hier ausgewählten Problembereiche bieten. Ihre Wirkung entfaltet sich vielmehr im Sinn eines Verstärkers von bereits Vorhandenem: In der Krise treten die bestehenden sozialen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten (Geschlecht, Bildungs- und Chancengleichheit, Diskriminierungspraxen, Sicherheit von Beschäftigungsverhältnissen etc.) sowie spezifische Defizite (Grad der Digitalisierung im Bildungssystem) deutlich hervor. Bestehende Weltbilder, Einstellungen und Haltungen stellen die Perspektive dar, aus der heraus auch die Krisensituation betrachtet und bewertet wird und die somit auch eine Handlungsgrundlage bezüglich der individuellen Reaktionen und Schlussfolgerungen darstellt. Krisen können insofern als eine Art Seismograf gesellschaftlicher Entwicklungen gesehen werden, die strukturelle Merkmale verdeutlichen und nicht zuletzt überdies zeigen, wie krisenfest ein System bzw. eine Gesellschaft ist. Gegenwärtig treten dabei die soeben erläuterten problematischen Strukturen und Einstellungen hervor. Zum näheren Verständnis dieser, scheint eine theoretische Einbettung sinnvoll.

3 Theoretische Bezüge

Eine theoretische Einbettung der skizzierten Problembereiche schafft eine notwendige Ausgangslage, für die Entwicklung von Präventionsmaßnahmen, die ursachenspezifisch ansetzen. Die in diesem Gutachten aufgegriffenen Problembereiche weisen jedoch schon für sich betrachtet eine hohe Komplexität und Breite verschiedener sozialer Sachverhalte auf. Allein aus diesem Grund scheitert ein Versuch, hier eine einzelne theoretische Erklärung heranzuziehen. Andererseits sind die skizzierten Problembereiche auch nicht zusammenhangslos ausgewählt worden. Vielmehr eint sie, wie im Titel dieses Gutachtens angedeutet, dass sie als Ausdruck einer Suche nach Orientierung, dem Bedürfnis, die Welt zu verstehen und (wieder) Kontrolle zu erlangen verstanden werden können. So kann beispielsweise eine Verschwörungsideologie das Gefühl von Sicherheit und Kontrolle geben, da die „Machenschaften“ durchschaut und der „Feind“ identifiziert sind (Schließler, Hellweg & Decker, 2020, S. 287). Verschwörungsmymen sind unter anderem durch einen starken Dualismus von Gut und Böse geprägt und weisen oft rechtsextreme, rassistische und antisemitische Bezüge auf. Die „Vorteile“ von Vereinfachung und klarer Kategorisierung von Gut und Schlecht finden sich auch in Vorurteilen und Stereotypen wieder. Ferner stellt die eigene Aufwertung ein bekanntes Motiv von Abwertungen durch vorurteilbehaftete und rassistische Einstellungen und Handlungspraxen dar.

Gemäß der Compensatory Control Theory stellt der Glaube an Verschwörungserzählungen, eine übermächtige Macht und dergleichen eine Kompensation eigener Erfahrungen von Kontrollverlusten dar (siehe hierzu Schließler, Hellweg & Decker, 2020, S. 299). Die Wahrnehmung von Unsicherheit und Kontrollverlust wird weiter auch bei der sogenannten Generalisationsthese zum zentralen Kriterium. Bisher wurde die Generalisationsthese vornehmlich zur Erklärung von Kriminalitätsfurcht diskutiert und untersucht (siehe u.a. Blinkert, 2010; Hirtenlehner, 2006; Scherr, 2014; Sessar, 2010). Die Grundannahme dieser Theorie ist, dass Menschen aufgrund ihrer eigenen wahrgenommenen (sozialen) Ängste auf einen bestimmten allgemeinen Zustand der Gesellschaft schließen. Sie generalisieren also beispielsweise eigene Abstiegsängste und Verunsicherungen auf andere gesellschaftliche Bereiche. Hierzu liegen auch empirische Belege vor. Hirtenlehner (2006) kommt in seiner Analyse zu dem Ergebnis, dass direkte Zusammenhänge zwischen den vier Subdimensionen Kriminalitätsfurcht (Beunruhigung vor Straftaten), soziale Ängste (Beunruhigung durch ökonomische oder ökologische Risikoszenarien, zum Beispiel Wirtschaftskrisen, Umweltzerstörung), Lebensängste (beispielsweise Zuzug von Ausländern, minderer Lebensstandard) und Anzeichen von sozialer Desorganisation (Schmutz, Gebäudezerfall) vorliegen. Die Ängste stehen in Binnenbeziehungen zueinander und beeinflussen sich dadurch gegenseitig. Auch nach Blinkert (2010) finden sich Bestätigungen für die Generalisationsthese. Auf der Grundlage von Daten des European Social Survey verglich er dabei europäische Staaten miteinander. Hierbei zeigten sich die Effektivität des staatlichen Gewaltmonopols und der Grad der Sozialstaatlichkeit sowie der Verteilungsgerechtigkeit als Einflussfaktoren auf Kriminalitätsfurcht. Hieraus schließt Blinkert, dass Kriminalitätsfurcht ein Ausdruck von fehlendem Vertrauen in das „unmittelbare soziale Umfeld“ sowie in das „politische System“ (2010, S. 122) darstellt.

Diese Generalisationsthese könnte ebenso auf andere „soziale Tatsachen“ wie die Selbstbewaffnung bezogen werden. Abstiegsängste, Verunsicherungen bezüglich weiterer (auch inter-

nationaler) gesellschaftlicher Entwicklungsdynamiken könnten dazu beitragen, die eigene Bedrohungslage zu überschätzen, was wiederum, vor dem Hintergrund eines fehlenden Vertrauens in die Handlungsfähigkeit des Staates, zu dem Bedürfnis einer Selbstbewaffnung führen könnte und in dem Sinn eine Form von konativer Kriminalitätsfurcht, d. h. einem Verhalten zur Vermeidung einer Opferwerdung, darstellen könnte.

In diesem Zusammenhang kann auch die seit den 1980er Jahren existierende sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit innenpolitischen Sicherheitsdiskursen westlicher Industrienationen gesehen werden (siehe unter anderem Scherr, 2014). Hierbei wird eine Zunahme sozialer (Abstiegs-)Ängste, ausgelöst durch wirtschaftliche Krisen, Arbeitslosigkeit und einen rasanten Wandel der Arbeitswelt, als Ursache für einen verstärkten innenpolitischen Diskurs um mehr Sicherheit und autoritäre Tendenzen betrachtet. Antiterrormaßnahmen, stärkere staatliche Kontrolle und Überwachungsmöglichkeiten fungieren in diesem Kontext quasi als eine Art der Kompensation von Gefühlen des Nichtkontrollierbaren bzw. der eigenen fehlenden Selbstwirksamkeit und drücken ein Bedürfnis nach mehr Sicherheit, Beständigkeit und Stabilität aus. Garland (2001) beobachtet bezogen auf Gesetzesentwicklungen und öffentliche Debatten um soziale Ordnung in den USA und Großbritannien eine „Kultur der Kontrolle“, der eine Wandlung zugrunde liegt. Demnach gestaltete sich in den 1960er Jahren das „(...) zugrunde liegende Ordnungsproblem nicht als Durkheimsches Problem der Solidarität (...), sondern als hobbesianisches Problem der Ordnung (...)“ (Garland, 2001, S. 196), welches in einem Ruf nach einem starken, durchgreifenden Staat mit „zero tolerance“ und ähnlichen Maßnahmen resultierte. In den 1990er Jahren herrschte hingegen die (vermeintliche) Erkenntnis vor, dass der Staat bzw. das Strafjustizsystem „versagt“ (Garland, 2001, S. 205) habe, Verbrechen und soziale Unordnung nicht durch den Staat einzudämmen und zu beherrschen sei, - pointiert ausgedrückt in dem populären Ausspruch „nothing works“. Diese Sichtweise war eng verknüpft mit einer Infragestellung der Souveränität und Kontrollfähigkeit des Staates. Bezogen auf Großbritannien und die USA entwickelte sich in dessen Folge ein System, welches im Umgang mit der Verbrechenskontrolle auf Responsibilisierung (Eigenverantwortung der Bürger/innen sich zu schützen) und Privatisierung (zum Beispiel durch das vermehrte Einsetzen von privaten Sicherheitsdiensten) setzt.

In diesem Kontext des versagenden Staates, dessen wohlfahrtstaatliche Maßnahmen sowie die Ideale des stetigen Wirtschaftswachstums und Vollbeschäftigung scheiterten, der der Rolle des Leviathan nicht gerecht wird, könnte auch die Zunahme der Selbstbewaffnung sowie Zustimmung zu autoritären Staatsformen verstanden werden. Um im Bild des Hobbes'schen Staatsverständnisses zu bleiben: Die Bürger/innen geben alleinig deswegen ihre Gewalt an eine zentrale Instanz ab, um einen Zustand von Frieden und Sicherheit zu erreichen. Wird die Kompetenz der originär staatlichen Aufgabe, für Ordnung und Sicherheit zu sorgen angezweifelt, ist ein logischer Schluss, selbst für die eigene Sicherheit zu sorgen bzw. sorgen zu müssen und die Gewalt gerade nicht abzugeben.

In der Gesamtschau können die in diesem Gutachten aufgegriffenen Problembereiche vor dem Hintergrund der skizzierten theoretischen Bezüge als Ausprägungen von Unsicherheiten, Wahrnehmungen von Kontrollverlusten und sozialen Abstiegsängsten bzw. dem Gefühl des Abgehängtseins verstanden werden. Diese sind eng mit (wahrgenommenen) sozialen Lagen in der Gesellschaft verbunden. So kann soziale und ökonomische Deprivation beispielsweise

eine Erklärung für abwertende und ausgrenzende Einstellungen und Handlungspraxen sein (Zick, Küpper & Berghan, 2019, S. 29). Ferner sei in Bezug auf das Stichwort des Kontrollverlusts ausgeführt, dass dieses sich nicht allein auf die individuelle Lebensführung bezieht, sondern auch auf die Selbstwirksamkeitswahrnehmung in Bezug auf gesellschaftspolitische Entscheidungen und Gestaltung, das heißt inwiefern politisch Einfluss ausgeübt werden kann (ebd., S. 31). Letztendlich ist vor einem theoretischen Hintergrund anzunehmen, dass die Ursachenstruktur der genannten Probleme vielschichtig und nicht allein auf der Ebene der Ausprägungsmerkmale zu suchen ist. Dies sollte auch im Zusammenhang mit Auswegen und Prävention berücksichtigt werden.

4 Auswege und Prävention

Wissenschaftlich basiertes vorausschauendes Handeln, Prävention, als Orientierung zu stärken, ist mit verschiedenen Herausforderungen verbunden. Hierzu gehört unter anderem die Frage nach dem richtigen Umgang bzw. Reaktion auf Falschmeldungen, Wissenschaftsskepsis und ausgrenzende Einstellungen.

4.1 Prävention durch (Sozial)politik

Die in diesem Gutachten aufgezeigten Phänomenbereiche wurden bereits vielfach in Bezug gesetzt zu sozialen (Abstiegs-)Ängsten, sozialer Deprivation und Wahrnehmungen von Kontrollverlust sowie der Suche nach Orientierung. Diese Bereiche zu adressieren ist vor allem eine politische Aufgabe. Der viel zitierte Satz von Franz von Liszt, der vor mehr als 100 Jahren schrieb, „Sozialpolitik“ sei „die beste und wirksamste Kriminalprävention“ (von Liszt, 1970 [1905], S. 246), könnte demnach auch hier Anwendung finden. Gesellschaftliche Spaltung und soziale Deprivation stehen auch im Zusammenhang mit sozialökonomischen Unterschieden. Es sollte demnach ein Ziel von Politik bzw. Sozialpolitik sein, Differenzen von sozialen Lebenslagen innerhalb der Gesellschaft zu minimieren.

Allerdings sind nicht allein finanzielle Prekaritäten ausschließlich die Ursache für problematische Einstellungen und Handlungen. Dies zeigt zum Beispiel die Mitte-Studie, in dem hier zwar ein Einfluss von Einkommen auf verschiedene Ausprägungen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit festgestellt wird, allerdings es dabei nicht immer die niedrigen Einkommensgruppen sind, die die größten Zustimmungswerte aufzeigen (Zick, Berghan & Mokros, 2019, S. 89 f.). Die Abwertung asylsuchender Menschen hat beispielsweise mit 55,8 % die stärkste Ausprägung in der mittleren Einkommensgruppe. Nichtsdestotrotz weist die stärkste Einkommensgruppe die geringsten Zustimmungen auf.

Im Zusammenhang mit diesen Befunden sollte ferner beachtet werden, dass soziale Deprivationserfahrungen subjektive Wahrnehmungen sind und somit nicht unbedingt von tatsächlichen Einkommensverhältnissen abhängen. Im Rahmen der Leipziger Autoritarismus Studie wurde belegt, dass Gefühle fehlender Anerkennung und politischer Deprivation sowie eine negative Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage einen eigenständigen Einflussfaktor auf rechtsextreme Einstellungen ausüben (Schließler, Hellweg & Decker, 2020, S. 297 f.). Allerdings wird dieser Zusammenhang von dem Vorliegen einer Verschwörungsmentalität verstärkt.

Insofern ist es nicht Sozialpolitik allein, die Einflussmöglichkeiten auf die hier fokussierten Probleme bietet. Politische Handlungsspielräume ergeben sich vielmehr auch in der Beziehung zwischen Bürger/innen und Staat, wobei Kommunikation und Partizipation zwei wesentliche Schlagworte sind, die hierzu beitragen könnten. Ferner kann Politik jedoch auch auf die Phänomene Fake News und Wissenschaftsskepsis einwirken, vor allem durch die Stärkung bestimmter Bildungsangebote, worauf im Folgenden näher einzugehen sein wird.

4.2 Umgang mit Fake News, Verschwörungserzählungen und abwertenden Einstellungen

Es mag zunächst nahe liegen, Falschmeldungen Fakten entgegenzusetzen. So erarbeiten seit einiger Zeit etablierte Medien *Faktenchecks*, wie beispielsweise der Faktenfinder der ARD¹⁸. Hierdurch sollen Verbreitungen von Falschinformationen offensichtlich und das jeweilige Thema in seiner Komplexität dargestellt werden. Dies ist sicherlich eine Möglichkeit, auf Fake News zu reagieren. Letztendlich kann dies jedoch nur ein Baustein im Bereich der Prävention von Fake News sein, unter anderem auch deshalb, weil angenommen wird, dass dieses Vorgehen nur begrenzt wirksam ist (Jaster & Lanius, 2019, S. 98 ff.). Zum einen können Faktenchecks Menschen erreichen, die nicht stark von Falschmeldungen beeinflussbar sind. Hintergrundwissen kann eine Diskussionssicherheit gewährleisten, um in Gesprächen Fake News etwas entgegenzusetzen. Zum anderen werden jedoch Personen, die Fake News glauben, weniger durch Faktenchecks erreicht. Fraglich ist, ob diese überhaupt zur Kenntnis genommen werden (Stichwort Echokammer). Davon abgesehen könnte sogar der Versuch der Widerlegung der Behauptung als eine Bestätigung interpretiert werden: *Wenn nichts an der Geschichte dran wäre, warum beschäftigen sich dann so viele damit und geben sich Mühe, dagegen zu halten?* Doch selbst wenn die eine Falschmeldung als solche entlarvt wurde ist zweifelhaft, inwiefern dadurch grundsätzlich die dahinter stehende Haltung infrage gestellt wird. Fake News haben nämlich nicht nur Nachrichtenwert, sondern fungieren auch als eine „Vergemeinschaftungsleistung“ (Zywietz, 2018, S. 123) von bestimmten Positionen. Dies gilt umso mehr, wenn es „(...) ohnehin weniger um die konkrete Wirklichkeit geht, sondern um die abstrakte, ‚gefühlte‘ *Wahrhaftigkeit* der Meldung“ (Hervorhebung im Original; ebd., S. 123 f.). Das heißt, selbst wenn das eine Ereignis, auf das sich eine Falschmeldung bezog, widerlegt ist, ist damit nicht die dahinter liegende Haltung an sich außer Kraft gesetzt.

Ein weiteres Problem im richtigen Umgang mit Falschnachrichten besteht im oben genannten Bestätigungsfehler, der oftmals die menschliche Wahrnehmung und Bewertung von Informationen prägt: Je häufiger eine Information gehört wurde, desto plausibler scheint sie. Die Auseinandersetzung mit Fake News wie zum Beispiel in Form von Faktenchecks bedingt häufig auch, dass die Falschnachricht, die zu widerlegen das Ziel ist, wiederholt bzw. erzählt wird. In welchem Kontext diese wiedergegeben wird, ist für die Aktivierung des Bestätigungsfehlers nicht relevant. Insofern sollte bei Auseinandersetzungen mit Fake News soweit wie möglich vermieden werden, diese zu nennen oder näher auszuführen.

Die skizzierten Probleme bezüglich des richtigen Umgangs mit Fake News weisen Fallstricke und Schwierigkeiten in der (öffentlichen) Debatte zu Falschmeldungen und Verschwörungserzählungen auf. Letztendlich bleibt der öffentliche und gemeinsame Diskurs jedoch wesentlich und relevant, einerseits, weil er ein Grundelement der Demokratie ist und Spaltungsprozesse verhindern kann und andererseits, weil er alternativlos ist (Jaster & Lanius, 2019, S. 105). Dabei gilt es auch, der Etablierung von homogenen Gesprächsgruppen im Sinn von Echokammern etwas entgegenzusetzen, so dass Begegnungen mit Betrachtungsweisen und Einstellungen stattfinden, die nicht den eigenen entsprechen. Hier könnten Überlegungen angestellt werden, wie sowohl der digitale als auch der analoge öffentliche Raum stärker und

¹⁸ <https://www.tagesschau.de/inland/faktenfinder-107.html> (abgerufen am 25.1.2021).

kreativer genutzt werden könnte, um verschiedene Meinungen sichtbar und erfahrbar zu machen.

Trotz politischer Bemühungen wie beispielsweise im Rahmen des Netzdurchsetzungsgesetzes, welches die Betreiber/innen von sozialen Plattformen wie Facebook verpflichtet, Beschwerden entgegen zu nehmen und rechtswidrige Inhalte zu löschen (Schmid, Stock & Walter, 2018, S. 85 f.), ist aus kriminologischer Perspektive kaum anzunehmen, dass die verheerenden Auswirkungen von Falschmeldungen allein durch Gesetzesinitiativen bzw. Repression einzudämmen sind. Einerseits sind die jeweiligen Inhalte trotz Löschung zunächst in der Welt und werden gelesen, geteilt und verbreitet. Andererseits gilt es als allgemeiner Befund der Kriminalprävention, dass Probleme sich selten „wegverbieten“ lassen. So scheitern beispielsweise Zero-Tolerance-Strategien und eine sogenannte „Politik der tausend Nadelstiche“ regelmäßig, wohingegen sich Präventionsmaßnahmen als wirksam erweisen, bei denen neben Repressionsmaßnahmen verstärkt Kooperationen verschiedener Akteursgruppen etabliert werden, wodurch ein gemeinsamer Austausch und Lösungsfindung ermöglicht wird.

In dem Kontext des Glaubens an Fake News und Verschwörungsmymen scheint ein weiterer Aspekt relevant: Es handelt sich hierbei nicht um ein „Verführungsphänomen“. Es wird der Komplexität des Themas nicht gerecht, Personen, die Verschwörungserzählungen anhängen, als solche zu begreifen, die von radikalisierten, extremistischen Gruppierungen vom „Rande“ der Gesellschaft hierzu verleitet wurden. Einer Verschwörungserzählung zuzustimmen setzt eine gewisse Verschwörungsmentalität voraus (Schließler, Hellweg & Decker, 2020). Diese Differenzierung ist nicht trivial, da die Vorstellung von „Verführung“ und dem Ausnutzen der „Sorge der Bürger/innen“ einhergeht mit der Vorstellung einer „guten“ und demokratischen Mitte der Gesellschaft und einer Gefahr, die von den extremistischen Rändern ausgeht. Diese Vorstellung, welche sich insbesondere auch in dem Begriff Rechtsextremismus wiederfindet (siehe unter anderem Decker & Brähler, 2020, S. 31), ist spätestens seit den Mitte-Studien (Zick, Küpper & Berghan, 2019) empirisch widerlegt. So zeigen die Mitte-Studien, dass rechtsextreme und demokratiefeindliche Einstellungen mitnichten nur innerhalb radikaler Gruppierungen sondern in der Breite der Gesellschaft vertreten sind.

Diese Erkenntnis ist insbesondere auch für die Prävention bedeutsam, insofern Programme und Maßnahmen nicht ausschließlich auf spezifische Gruppen ausgerichtet sein sollten, die durch eine stark benachteiligte soziale Lage geprägt sind. Vielmehr braucht es auch Prävention in der sogenannten Mitte der Gesellschaft, in Milieus von gut integrierten Personen, insbesondere hinsichtlich Einstellungen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rassismus. Auf diesen Bedarf weisen zum einen die Mitte-Studien (Zick, Küpper & Berghan, 2019) hin. Zum anderen wird die Relevanz einer gesamtgesellschaftlichen Beschäftigung mit abwertenden und ausgrenzenden Einstellungen insbesondere in Bezug auf Rassismus deutlich. So stehen einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Rassismus derzeit immer noch ein problematisches Verständnis von Rassismus sowie die Verortung des Phänomens am „extrem rechten Rand“ der Gesellschaft entgegen (Ogette, 2020). Die gängige Betrachtungsweise von Rassismus stellt vor allem auf die Intention ab (rassistisch ist, was rassistisch *gemeint* war) und weniger auf den rassistischen Gehalt und die Wirkung von Äußerungen und Handlungen. Dies verhindert eine echte Debatte über und die Sichtbarkeit von Rassismus innerhalb gesellschaftlicher Strukturen und Sozialisationsprozessen. Wird noch die fehlende gesellschaftliche

Auseinandersetzung und Aufarbeitung der (auch deutschen) Kolonialgeschichte berücksichtigt, kann gefolgert werden, dass eine wirkliche Rassismusdebatte in Deutschland noch nicht ernsthaft in der Breite der Gesellschaft begonnen wurde.

Neben einer intensiven Auseinandersetzung mit Vorurteilen und Diskriminierungspraxen sind des Weiteren Kontakte und Begegnungen wichtige Bausteine der Prävention. Dies gilt zum einen in Bezug auf die Begegnung mit anderen Meinungen und Ansichten hinsichtlich der Vermeidung von Echokammern, zum anderen aber auch zur Reduzierung von Vorurteilen. Gemäß der Kontakthypothese, tragen Interaktionen mit Menschen anderer Gruppen oder Lebenswirklichkeiten als den eigenen zum Abbau von Stereotypen und abwertenden Einstellungen bei.¹⁹

4.3 Bedeutung von Wissenschaft

Ein Diskurs, der gemeinsames Wissen austauscht und Interpretationen und Ableitungen aus Befunden eruiert, braucht jedoch ein gemeinsames Verständnis davon, wie Wissensbestände zusammengetragen werden bzw. wann eine gesicherte Erkenntnislage vorliegt. In diesem Kontext wird auch die Relevanz des analytischen Denkvermögens deutlich. Analytisches Denken meint, sich kritisch und reflektierend gegenüber Sachverhalten zu positionieren, die zunächst eine einfache intuitive Lösung zu haben scheinen (Stahl & Prooijen, 2018, S. 156). Die Fähigkeit, eigene Vorstellungen kritisch zu hinterfragen sowie zu reflektieren, worauf sich bestimmte Annahmen stützen, ermöglicht es, unterkomplexe Erklärungsmodelle anzuzweifeln und Ansichten mit dem Aufkommen neuer Kenntnisstände indes zu ändern. Kritisches Denken ermöglicht, „(...) vernünftig mit Argumenten umzugehen, Gründe gegeneinander abzuwägen, Evidenzen und Quellen zu bewerten, logische Fallstricke zu erkennen, Statistiken auszuwerten und (...) Biases entgegenzuwirken“ (Jaster & Lanius, 2019, S. 106). Wie schon weiter oben hingewiesen, zeigen Forschungsbefunde, dass Personen, die Annahmen über die Welt eher intuitiv treffen und bei denen das analytische Denken weniger ausgeprägt ist, eher Verschwörungserzählungen glauben.

Kritisches Denken geht einher mit einer wissenschaftlichen Haltung und Herangehensweise und stellt demnach nicht ein Spezialwissen dar, welches ausschließlich im akademischen Kontext benötigt wird. Wissenschaft hat seine Wurzeln in der Aufklärung, in emanzipativen Bestrebungen des Menschen und in dem Versuch, sich von Ideologien sowie Zwängen zu befreien und Mythen als solche zu entlarven (Trappe, 2015). Doch wie kann Wissenschaft zu dem Schluss kommen, dass eine Behauptung bzw. ein Befund wahr ist? Nach Karl Popper (siehe Bauberger, 2016, S. 32ff.) ist die Antwort eindeutig, nämlich *gar nicht*. Dies ist gerade die relevante Grundeinsicht bezüglich der Möglichkeit wissenschaftlicher Erkenntnis, dass dieser nur ein „Vermutungscharakter“ (Popper 1995, S. 89, zitiert nach Bauberger, 2016, S. 33) zukommt. Es handelt sich somit immer nur um Hypothesen über die Wirklichkeit, welche nicht verifiziert, das heißt bewiesen, sondern nur falsifiziert werden können. Dies sind die Aufgaben der Wissenschaft, nämlich zu versuchen, Aussagen, Annahmen und Theorien zu widerlegen, wobei jenen besonderen Stellenwert zugutekommen sollte, die zahlreichen Widerlegungsversuchen standgehalten haben. Dies verbindet Popper mit dem Idealbild eines/r

¹⁹ Hinsichtlich Präventionsmaßnahmen im Sinn der Kontakthypothese siehe <https://www.pufii.de/nano.cms/vorurteilspraevention> (8.2.2021).

Wissenschaftlers/in: „(...) sie versuchen herauszufinden, ob ihre Ideen richtig sind, indem sie versuchen herauszufinden, ob sie nicht vielleicht falsch sind“ (Popper 1995, S. 104 zitiert nach Bauberger, 2016, S. 37). Eine wissenschaftliche Haltung bedeutet demnach auch, sich irren und über Irrtümer und Fehlannahmen reden zu können. Des Weiteren ist sie aber auch damit verknüpft, Annahmen zu begründen und zu argumentieren (Trappe 2016). Es bedarf an dieser Stelle wohl keiner weiteren Überleitung für die Betonung der Relevanz einer solchen wissenschaftlichen Haltung für demokratische Austausch- und Entscheidungsfindungsprozesse.

Wissenschaft muss demnach verstärkt aus der alleinigen akademischen Verortung geholt und die Bedeutung von Wissenschaft und Prävention als wissenschaftlich basiertes vorausschauendes Handeln als Grundlage für Demokratie und Möglichkeit gegen Polarisierung verstanden werden. Insofern kommt neben der Aufklärung, Sensibilisierung und dem Anstoßen von Diskursen und Debatten der Bildung eine zentrale Bedeutung zu, durch welche dieses vermittelt wird.

4.4 Prävention durch Bildung

Die Relevanz von Bildung zeigt sich in mehreren Dimensionen. Höhere Bildung steht beispielsweise im Zusammenhang mit einer geringeren Verschwörungsmentalität (Schließler, Hellweg & Decker, 2020, S. 290) und einer niedrigeren Rate rechtsextremer Einstellungen, wie unter anderem die Leipziger Autoritarismus Studie zeigt (Decker et al., 2020, S. 52). Allerdings merken die Autoren/innen in Bezug auf rechtsextreme Einstellungen an, dass ursächlich dafür weniger der Bildungsgrad sein könnte als die spezifischen Sozialisationserfahrungen, welche mit dem Erreichen höherer Bildungsabschlüsse und der Eingebundenheit in verschiedene Schulformen im Zusammenhang stehen (ebd.).

Neben der grundlegenden Wirkung von Bildung, könnten aber auch spezifische Bildungsaufträge für die Prävention in den in diesem Gutachten skizzierten Problembereichen in Frage kommen. Einerseits sei hier die Stärkung der Medienkompetenz und einer kritischen Medienrezeption hervorgehoben (Schmid, Stock & Walter, 2018, S. 86). Dies ist sicherlich auch in Anbetracht weiterer Gefahren durch die Internetnutzung für Kinder und Jugendliche (verwiesen sei hier beispielsweise auf Cybergrooming und –mobbing sowie Sexting) sinnvoll. Andererseits sollte Bildung im Kontext der hier aufgezeigten Problembereiche die Vermittlung von analytischem bzw. wissenschaftlichem Denken und einer wissenschaftlichen Haltung stärker adressieren.

Damit Prävention, als wissenschaftlich basiertes vorausschauendes Handeln sowie eine wissenschaftliche Haltung Orientierung geben können, muss wissenschaftliches Denken im Bildungssystem (sowohl im Kinder, Jugend- als auch Erwachsenenbereich) vermittelt werden. Hierbei muss auch die soeben genannte Bedeutung von Wissenschaft über den akademischen Kontext hinaus kommuniziert und erfahrbar gemacht werden.²⁰ Dies zu vermitteln könnte

²⁰ Ein Beispiel zur Umsetzung eines solchen Ansatzes sind sogenannte *Fermi-Aufgaben*, welche von der Grundschule bis in die Erwachsenenbildung hinein eingesetzt werden können. Benannt nach dem italienischen Kernphysiker und Nobelpreisträger Enrico Fermi, geht es bei Fermi-Aufgaben um ein scheinbar unlösbares Problem wie zum Beispiel: *Wie oft schlägt das eigene Herz im gesamten Leben?* oder *Wie viele Klavierstimmer/innen wohnen in New York?* Selbstverständlich gelingt es nicht, hierauf eine korrekte Antwort zu finden, allerdings soll auch eher der Frage nachgegangen werden, wie man sich der Wahrheit annähern kann.

auch eine wirksame Reaktion auf die Zunahme von Wissenschaftsskepsis sein, welche nicht nur in Aussagen von Corona-Leugnern/innen sondern auch auf politischer Ebene beobachtbar ist, beispielsweise im Kontext der Debatte um Studien innerhalb der Polizei hinsichtlich illegaler Polizeigewalt und politischer Einstellungen²¹.

Darauf, dass es hierbei jedoch auch auf eine sinnhafte Vermittlung ankommt, weist eine Untersuchung aus den USA hin. Die Kernbefunde bekräftigen, dass es nicht allein die analytische Denkfähigkeit ist, die die Wahrscheinlichkeit, an Verschwörungsmythen zu glauben, reduziert, sondern auch die Motivation (Stahl & Proojien, 2018). Bei Befragten, für die begründete Annahmen (epistemische Rationalität) keinen Wert darstellten, übte eine analytische Denkfähigkeit keinen Einfluss auf die Zustimmung zu irrationalen Glaubenssätzen aus. Insofern kann es nicht nur Anliegen sein, Argumentationen im Sinn von formaler Logik zu vermitteln, sondern auch zur Internalisierung eines Werts, insbesondere in Bezug auf Demokratie und Gesellschaft, von wissenschaftsfundierter Entscheidungs- und Urteilsfindung beizutragen.

Letztendlich lässt sich diese Überlegung einreihen in die Diskussion um eine stärkere Kompetenz- statt Lehrplanorientierung im Bildungssystem (siehe beispielsweise Reusser, 2014). So scheint nicht nur mit Blick auf Bedarfe der gegenwärtigen Arbeitswelt sondern auch hinsichtlich der hier skizzierten Problembereiche die Stärkung von spezifischen Fähigkeiten wichtiger als eine reine Vermittlung von Wissensinhalten. Dies bekräftigt auch Andreas Schleicher, Bildungsdirektor der OECD, und verweist auf das sogenannte 4K-Modell, das vier Kernkompetenzen als wegweisend für Gegenwart und Zukunft ansieht: Kommunikation, Kollaboration, Kreativität und kritisches Denken (Schleicher, o. J.; Schleicher, 2018). Die Kanzlerin der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft, Myrle Dziak-Mahler, fordert in diesem Zusammenhang, weniger auf die Vermittlung von Wissen zu fokussieren, sondern Schüler/innen beim Lernen zu begleiten und zu unterstützen.²² Neben den genannten vier Kernkompetenzen ergänzt sie unter anderem noch eine „Veränderungskompetenz“, da, wie sie sagt, „die schnelle permanente Veränderung vielen Angst“ mache. In dem Kontext der Problembereiche, die in diesem Beitrag skizziert wurden, erscheinen vor allem Kompetenzen in den Bereichen Kommunikation, gesellschaftspolitische Partizipation, kritische Reflexion bzw. Auseinandersetzung im Sinn einer wissenschaftlichen Haltung wichtig.

Karl Popper (2003 [1958]) hat sich, wie oben ausgeführt, im Zusammenhang mit seiner Kritik an Verschwörungsmythen dagegen ausgesprochen, soziale Tatsachen als Produkt eines Plans zu verstehen. Vielmehr sind die Resultate von intentionalem Handeln oft nicht die Beabsichtigten. Auf die Frage, warum dies so sei, führt er aus:

„Weil das im sozialen Leben wohl allgemein der Fall ist – mit oder ohne Verschwörung. Das soziale Leben ist nicht nur eine Kraftprobe zwischen entgegengesetzten Gruppen, sondern es ist ein Handeln in einem mehr oder weniger widerstrebenden Rahmen von Institutionen und Tradi-

Welche Informationen werden gebraucht? Wo findet man diese? Was kann aufgrund der bestehenden Erkenntnislage geschlossen werden und was nicht? Wie gelingt eine differenzierte Formulierung der Ergebnisse?

²¹ Gefragt nach dem Bedarf einer wissenschaftlichen Untersuchung innerhalb der Polizei zum Thema Rassismus antwortete Herbert Reul, Innenminister von NRW, in einem Interview mit dem ZDF: „Ich bin mir auch nicht sicher, ob das was bringt, wenn Wissenschaftler jetzt einfach mal eine Untersuchung machen. Sondern ich sage, wir brauchen Fakten.“ (<https://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal/jeder-der-erwischt-wird-fliegt-100.html>; abgerufen am 30.1.2021).

²² Interview mit Myrle Dziak-Mahler im Kölner Stadtanzeiger am 5.11.2020.

tionen. Und es führt, abgesehen von bewußten Gegenhandlungen, zu vielen unvorhergesehenen Reaktionen innerhalb dieses Rahmens, die zum Teil gar nicht vorhergesehen werden können.“ (Popper, 2003 [1958], S. 113).

Die soziale Wirklichkeit ist komplex. Sie zu verstehen und durch Prävention zum Positiven hin zu verändern, ist es nicht minder. Eine gemeinsame Basis von Erkenntnismöglichkeit, Argumentation und Austausch, welche durch eine wissenschaftliche Haltung geprägt ist, kann hierbei eine Möglichkeit bieten, die demokratisch, rational und dadurch nicht zuletzt auch effektiv und wirksam sein kann. Bildung und Prävention kommen dabei die entscheidende Rolle zu, einen entsprechenden Raum hierfür zu gestalten.

Das vorliegende Gutachten zum 26. Deutschen Präventionstag hat spezifische Problembereiche dargestellt, welche aus einer soziologisch-kriminologischen Perspektive heraus relevant erscheinen. Hierbei wurde betont, dass die gegenwärtige Krisensituation im Sinn eines gesellschaftlichen Seismograf bestimmte defizitäre Strukturen und Einstellungen verdeutlicht, die teilweise schon seit längerer Zeit in der Gesellschaft fest verankert sind. Es ist ein geflügelter Ausdruck, dass Krisen auch Chancen beinhalten. Es sei dahingestellt, ob tatsächlich notwendigerweise jede Krise auch neue Möglichkeiten bietet. Ein Versuch, zukunftsgewandte Chancen in der aktuellen Corona-Pandemie zu sehen, könnte anerkennen, dass diese Krise manifestierte Problembereiche in der Gesellschaft deutlich aufgezeigt hat. Diese zu erkennen schafft eine Grundlage für die Prävention, diese anzugehen und vorausschauend Zukunft zu gestalten.

5 Literatur

- Antidiskriminierungsstelle des Bundes. (2020a). *Jahresbericht 2019*. Berlin. Abrufbar unter: https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Aktuelles/DE/2020/20200609_PK_Jahresbericht_2019.html (abgerufen am 21.1.2021).
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes. (2020b). *Diskriminierungserfahrungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise*. Berlin. Abrufbar unter: https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/Dokumente_ohne_anzeige_in_Publikationen/20200504_Infopapier_zu_Coronakrise.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (abgerufen am 16.1.2021).
- Bauberger, S. (2016). *Wissenschaftstheorie*. Stuttgart: Kohlhammer Verlag.
- Bergmann, M. C., Kliem, S., Krieg, Y. & Beckmann, L. (2019). *Jugendliche in Niedersachsen. Ergebnisse des Niedersachsensurveys 2017*. KFN-Forschungsbericht Nr. 144. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. Abrufbar unter: https://kfn.de/wp-content/uploads/Forschungsberichte/FB_144.pdf (abgerufen am 6.2.2021).
- Blinkert, B. (2010). Unsicherheitsbefindlichkeit als "sozialer Tatbestand". Kriminalitätsfurcht und die Wahrnehmung von Sicherheit und Unsicherheit in Europa. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 93(2), S. 106-125.
- Bundeskriminalamt (Hrsg.). (2020a). *Polizeiliche Kriminalstatistik. Grundtabelle ohne Tatortverteilung ab 1987*. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Bundeskriminalamt (Hrsg.). (2020b). *Waffenkriminalität. Bundeslagebild 2019*. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Bundesministerium für Inneres und Heimat & Bundeskriminalamt. (2020). *Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2019. Bundesweite Fallzahlen*. Berlin. Abrufbar unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/pmk-2019.pdf;jsessionid=69B78F2FCD6A222B58CCB259C6F86B9E.2_cid295?__blob=publicationFile&v=11 (abgerufen am 19.1.2021).
- Butter, Michael. (2020). *Nichts ist, wie es scheint. Über Verschwörungstheorien*. Berlin: Suhrkamp.
- Charron, N., Lapunte, V. & Rodriguez-Pose, A. (2020). *Uncooperative Society, Uncooperative Politics or Both? How Trust, Polarization and Populism Explain Excess Mortality for COVID-19 across European regions*. Working Paper Series 12. Göteborg: University of Gothenburg.
- Decker, O. & Brähler, E. (Hrsg.). (2020). *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, O., Kiess, J., Schuler, J., Handke, B., Pickel, G. & Brähler, E. (2020). Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 27-87). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Dreißigacker, A. (2016). *Befragung zu Sicherheit und Kriminalität. Kernbefunde der Dunkelfeldstudie 2015 des Landeskriminalamts Schleswig-Holstein*. KFN-Forschungsbericht Nr. 129. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. Abrufbar unter: https://kfn.de/wp-content/uploads/Forschungsberichte/FB_129.pdf (abgerufen am 6.2.2021).
- Dreißigacker, A. (2017). *Befragung zu Sicherheit und Kriminalität. Kernbefunde der Dunkelfeldstudie 2017 des Landeskriminalamts Schleswig-Holstein*. KFN-Forschungsbericht Nr. 135. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. Abrufbar unter: https://kfn.de/wp-content/uploads/Forschungsberichte/FB_135.pdf (abgerufen am 6.2.2021).
- Durkheim, É. (1983). *Der Selbstmord*. Frankfurt am Main: Suhrkamp. [1897]
- Garland, D. (2001). *Kultur der Kontrolle. Verbrechensbekämpfung und soziale Ordnung in der Gegenwart*. Campus: Frankfurt am Main.

- Hans Böckler Stiftung (Hrsg.). (2020). *Corona. Sorge um den Zusammenhalt wächst*. Böckler Impuls 20. Abrufbar unter: https://www.boeckler.de/data/impuls_2020_20_S1_2.pdf. (abgerufen am 16.1.2021).
- Hirtenlehner, H. (2006). Kriminalitätsfurcht - Ergebnis unzureichender Coping-Ressourcen? *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 89(1), S. 1-23.
- Homans, G. (1960). *Theorie der sozialen Gruppe*. Opladen: Verlag für Sozialwissenschaft.
- Infratest dimap. (Ohne Jahr). *Weitere bundesweite Befragung. Sicherheitsgefühl der Bevölkerung*. Abrufbar unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/sicherheitsgefuehl-der-deutschen/> (abgerufen am 6.2.2021).
- Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) (Hrsg.). (2020). *Erste Ergebnisse einer Online-Umfrage zur gesellschaftlichen Wahrnehmung des Umgangs mit der Corona-Pandemie in Deutschland*. Bielefeld: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung.
- Jaster, R. & Lanius, D. (2019). *Die Wahrheit schafft sich ab. Wie Fake News Politik machen*. Dietzingen: Reclam.
- Kirsch, P., Kube, H. & Zohlhöfer, R. (2020). *Gesellschaftliche Selbstermächtigung. Akzeptanz der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in der deutschen Bevölkerung im Dezember 2020. Zusammenfassung erster Ergebnisse*. Universität Heidelberg. Abrufbar unter: <https://www.marsilius-kolleg.uni-heidelberg.de/fellows/Publikationfellows2020.html> (16.1.2021).
- Küpper, B., Schröter, F. & Zick, A. (2019). Alles nur ein Problem der Ostdeutschen oder Einheit in Wut und Hass? Rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen in Ost- und Westdeutschland. In A. Zick, B. Küpper & W. Berghan (Hrsg.). *Verlorene Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19* (S. 243-282). Bonn: Dietz.
- LKA Niedersachsen (Hrsg.). (2013). *Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen 2013. Bericht zu Kernbefunden der Studie*. LKA Niedersachsen: Hannover.
- LKA Niedersachsen (Hrsg.). (2016). *Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen 2015. Bericht zu Kernbefunden der Studie*. LKA Niedersachsen: Hannover.
- LKA Niedersachsen (Hrsg.). (2018). *Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen 2017. Bericht zu Kernbefunden der Studie*. LKA Niedersachsen: Hannover.
- Moscovici, S. & Zavalloni, M. (1969). The group as a polarizer of attitudes. *Journal of Personality and Social Psychology* 12(2), S. 125-135.
- Mutz, D. (2006). *Hearing The Other Side: Deliberative Versus Participatory Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Neubert, C., Stiller, A., Bartsch, T., Dreißigacker, A., Isenhardt, A., Krieg, Y., Müller, P. & Zietlow, B. (2020). Kriminalität in der Corona-Krise: Haben die aktuellen Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus möglicherweise einen Einfluss auf die Kriminalitätsentwicklung in Deutschland? *KrimOJ* 2(2), S. 338-371.
- Ogette, T. (2020). *exit RACISM. rassismuskritisch denken lernen*. Münster: UNRAST-Verlag.
- Popper, K. (2003). *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Band II. Falsche Propheten: Hegel, Marx und die Folgen*. Tübingen: Mohr Siebeck. [1958]
- Rees, J. H. & Lamberty, P. (2019). Mitreißende Wahrheiten: Verschwörungsmymen als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In A. Zick, B. Küpper & W. Berghan. *Verlorene Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19* (S. 203-222). Bonn: Dietz.
- Reusser, K. 2014. Kompetenzorientierung als Leitbegriff der Didaktik. *Beiträge zur Lehrerinnen und Lehrerbildung* 32(3), S. 325-339.
- Revers, M. & Traummüller, R. (2020). Is Free Speech in Danger on University Campus? Some Preli-

- minary Evidence from a Most Likely Case. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 72(3), S. 471-497.
- Sader, M. (2008). *Psychologie der Gruppe*. München: Juventa.
- Scherr, A. (2014). *Kriminalität, innere Sicherheit und soziale Unsicherheit: Sicherheitsdiskurse als Bearbeitung gesellschaftsstrukturell bedingter Ängste*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schleicher, A. (2018). *World Class: How to build a 21st-century school system, Strong Performers and Successful Reformers in Education*. Paris: OECD Publishing.
- Schleicher, A. (o. J.). *The case for 21st-century learning*. Abrufbar unter: <http://www.oecd.org/general/thecasefor21st-centurylearning.htm> (abgerufen am 6.2.2021).
- Schließler, C., Hellweg, N. & Decker, O. (2020). Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität in Zeiten der Pandemie. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 283-310). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Schmid, C. E., Stock, L. & Walter, S. (2018). Der strategische Einsatz von Fake News zur Propaganda im Wahlkampf. In K. Sachs-Hombach & B. Zywiets (Hrsg.), *Fake News, Hashtags & Social Bots. Neue Methoden populistischer Propaganda* (S. 69-95.). Wiesbaden: Springer VS.
- Schultz, T., Ziegele, M., Jakobs, I., Jakob, N., Quiring, O. & Schemer, C. (2020). Medienzynismus weiterhin verbreitet, aber mehr Menschen widersprechen. Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen 2019. *Media Perspektiven* (6), S. 322-330.
- Sessar, K. (2010). Kriminalitätseinstellungen und sozialer Wandel – Gleichzeitig eine Auseinandersetzung mit Forschungen zur Verbrechensfurcht und Punitivität. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 93(5), S. 361-380.
- Stahl, T. & van Prooijen, J.-W. (2018). Epistemic rationality: Skepticism toward unfounded beliefs requires sufficient cognitive ability and motivation to be rational. *Personality and Individual Differences* 122, S. 155-163.
- Swami, V., Voracek, M., Stieger, S., Tran, U. S. & Furnham, A. (2014). Analytic thinking reduces belief in conspiracy theories. *Cognition* 133, S. 572-585.
- Trappe, T. (2015). Wissenschaft als Emanzipation – Über den Sinn von Wissenschaft(-lichkeit) im Rahmen der Polizeiausbildung (I). *PSB* (4), S. 45-48.
- Trappe, T. (2016). Vom Wert des Irrtums und des Argumentierens. Über den Sinn von Wissenschaft(-lichkeit) im Rahmen der Polizeiausbildung (II). *PSB* (1), S. 45-48.
- von Liszt, F. (1970). *Das Verbrechen als sozial-pathologische Erscheinung*. In *Strafrechtliche Aufsätze und Vorträge, Band 2*, Berlin: De Gruyter, S. 230-250. [1905]
- Wollinger, G. R., Werner, A. & Bode, F. (2021). Corona Activity: Auswirkungen der Pandemie auf die Kriminalitätsentwicklung und die Polizei. In B. Frevel & T. Heinicke (Hrsg.). *Managing Corona*. Baden-Baden: Nomos. in press
- Zick, A., Berghan, W. & Mokros, N. (2019). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002-2018/19. In A. Zick, B. Küpper & W. Berghan (Hrsg.). *Verlorene Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19* (S. 53-116). Bonn: Dietz.
- Zick, A., Küpper, B. & Berghan, W. (2019). Zerreißproben und Normalitätsverluste der Gesellschaft – eine Hinführung zur Mitte-Studie. In dies. (Hrsg.) *Verlorene Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19* (S. 15-39). Bonn: Dietz.
- Zywiets, B. (2018). F wie Fake News – Phatische Falschmeldungen zwischen Propaganda und Parodie. In K. Sachs-Hombach & B. Zywiets (Hrsg.). *Fake News, Hashtags & Social Bots. Neue Methoden populistischer Propaganda* (S. 97-131.). Wiesbaden: Springer VS.